



Änderungsantrag

AN/BV0098/2019/03

Für die öffentliche Sitzung

Beratungsfolge	Abstimmungsergebnis	Datum
Stadtverordnetenversammlung		21.08.2019

Einreicher: Fraktionen B90/Die Grünen und DIE LINKE

Betreff: Änderungsantrag zum Beschluss - Umweltfreundliche Veranstaltungen

Änderungsantrag:

Die BV0098/2019 wird wie folgt geändert:

Bei Veranstaltungen der Stadt Hennigsdorf und genehmigungspflichtigen Veranstaltungen Dritter darf ab dem Jahr 2020 kein Einweggeschirr, -besteck und -becher aus Plastik mehr ausgegeben werden. Stattdessen sind Mehrweg-Alternativen oder kompostierbare Einweg-Alternativen zu verwenden. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Regelung an geeigneter Stelle des Ortsrechts festzuschreiben oder eine entsprechende Satzung für diese Regelung zu schaffen. Bei Vertragsverhandlungen mit Veranstaltenden soll die Stadt besonders auf die Verwendung von Mehrweggeschirr, -besteck und -bechern mit Pfandsystem hinwirken.

Begründung:

Während beim Stadtfest der Hennigsdorfer Festbecher dafür sorgt, dass die Bierbecher über ein Pfandsystem zurückgegeben werden, quellen bei vielen Veranstaltungen die Mülleimer von Einwegbechern, vorwiegend aus umweltschädlichem Plastik über. Teile davon verbleiben auch nach der Reinigung in der Umwelt. Zwar greift ab dem Jahr 2021 ein EU-weites Verkaufsverbot bestimmter Einweg-Kunststoffartikel, wie Gabeln, Messer, Löffel, Essstäbchen, Strohhalme und Teller aus Plastik. Plastikbecher sind jedoch vom Verkaufsverbot ausgenommen und müssen lediglich als umweltschädlich gekennzeichnet werden. Darüber hinaus ist ab 2021 nur der Verkauf verboten, nicht jedoch die Verwendung von Einwegplastikartikeln.

Mit einer Regelung für Veranstaltungen, auf die die Stadt Hennigsdorf Einfluss hat, sollen die diesbezüglichen Abfallmengen im Stadtgebiet reduziert werden. Die Regelung könnte beispielsweise in der „Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Straßen und in den Anlagen der Stadt Hennigsdorf“ unter § 4 „Verunreinigungsverbot“ verankert werden. Ist dies nicht möglich, soll eine geeignete Satzung entwickelt und der SVV zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Hennigsdorf, 21.08.2019

gez. P. Röhke-Habeck
Vorsitzende
der Fraktion B90/Die Grünen

gez. U. Degner
Vorsitzende
der Fraktion DIE LINKE